



Wie sicher in die Zukunft? Energie- und Klimapolitik auf dem Prüfstand

Positionspapier
der FDP-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg



Wie sicher in die Zukunft?

Energie- und Klimapolitik auf dem Prüfstand

Krieg, Krise und Klimawandel stellen Baden-Württemberg vor bislang ungekannte Herausforderungen. Der russische Überfall auf die Ukraine hat tiefgreifende Abhängigkeiten offengelegt und unsere Energieversorgung in eine schwere Krise gestürzt. Rund 80 Prozent unserer Energie wird gegenwärtig importiert. Rund 80 Prozent unserer Energie stammt aus Kohle, Öl und Gas. Auch nach Jahren intensiver Förderung ist der Anteil der Windkraft am baden-württembergischen Energiesystem mit unter einem Prozent verschwindend gering (Abb. 1).

Unter Grün-Schwarz hat Baden-Württemberg die Klimaneutralität bereits für 2040 ins Auge gefasst. Schon 2030 soll der landeseigene CO₂-Ausstoß die Emissionen von 1990 um ganze 65 Prozent unterschreiten. Heute, nach über 30 Jahren Energiewende, belaufen sich die Emissionseinsparungen auf kaum 23 Prozent. Ein Großteil der Wegstrecke liegt folglich noch vor uns: Was in 30 Jahren nur schwer gelang, muss bis 2030 verdreifacht werden (Abb. 2). Einen zukunftsfähigen Plan, mit dem Baden-Württemberg die Transformation hin zur Klimaneutralität gelingen kann, hat indes auch die dritte Regierung Kretschmann nicht vorlegen können.

Abb. 1
Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg nach Energieträgern (2020)

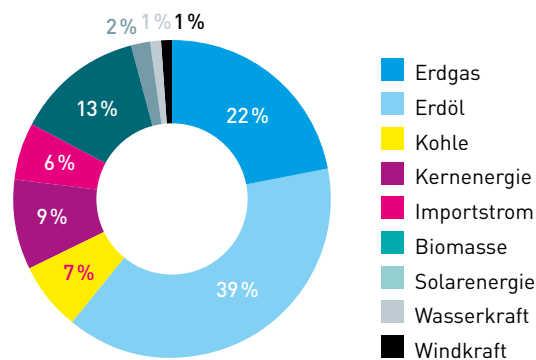
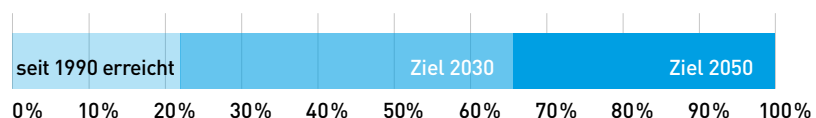


Abb. 2
Der lange Weg zur Klimaneutralität
Emissionseinsparungen in %





Die Energie- und Klimapolitik der Kretschmann-Kabinette

Vorschrift, Verbot, Verzicht

2013 wurde auf Betreiben der grün-roten Landesregierung das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg auf den Weg gebracht. Unter Grün-Schwarz wurde es bereits mehrfach verschärft, sein Geltungsbereich umfänglich ausgeweitet. Bis heute fungiert es als Grundlage für eine Reihe fragwürdiger Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft. 2022 trat die auf dem Klimaschutzgesetz beruhende Photovoltaik-Pflicht für Neubauten in Kraft. Seit 2023 gilt sie für Bestandsgebäude. Hohe Bürokratiebelastungen, Planungs-, Investitions- und Rechtsunsicherheit sind ihre Folgen. Ihre Klimawirkung ist gering, da Pflichten dort auferlegt werden, wo schon heute die Nachfrage größer ist als das Angebot. Mit der jüngsten Novelle des Klimaschutzgesetzes wurde die Komplexität der zu beachtenden Vorschriften um ein Vielfaches gesteigert, der Klimaschutz weiter verkompliziert. Kleinteilige Einsparziele auf Landesebene für künstlich geschaffene Sektoren sollen die Emissionen verringern und den CO₂-Ausstoß begrenzen. Der Bund will Sektorziele überwinden, Baden-Württemberg führt sie ein. Das Vorziehen des Ziels der Klimaneutralität vor den Bund um fünf Jahre bringt zwar schöne Schlag-

zeilen. Für das Klima bedeutet das in der Gesamtbilanz lediglich, dass Treibhausgase, die in Baden-Württemberg nicht ausgestoßen werden, in anderen Bundesländern in die Bilanz eingehen können. Der nationale Gesamtausstoß bleibt also gleich. Diesen Klimanationalismus lehnen wir ab. Die Klimaziele müssen auf möglichst hoher Ebene festgelegt werden. Aufgabe des Landes ist es, Wirtschaft und Gesellschaft durch Anpassung der Infrastruktur, der Bildung und einzelner Regularien so zu befähigen, dass die Klimaziele bei Erhaltung des Wohlstands erreichbar sind. Statt kleinteiliger Verbote und Gebote müssen Wirtschaft und Gesellschaft Anreize gegeben werden, um Energie einzusparen und Emissionen zu reduzieren. Die Landesregierung muss sich endlich darum kümmern, dass der Ausbau von Photovoltaik und Speicherlösungen so möglich ist, dass Bestandsflächen genutzt und Hürden abgebaut werden. Mit einer Ausdehnung des sogenannten „Anschlusszwangs“ auf Bestandsgebäude hat die grün-schwarze Regierungskoalition unlängst weitere Eingriffe ins Spiel gebracht, die die Wahlfreiheit der Bürger ebenso missachten, wie den Schutz des Eigentums.

Im Fokus: Photovoltaik-Pflicht und Anschlusszwang

2022 trat die Photovoltaik-Pflicht für den Neubau in Kraft. 2023 wurde sie auf Bestandsgebäude ausgeweitet. Während der politische Druck auf Bauherren stetig steigt, verfügen kaum zwei Prozent der Landesgebäude über eine Photovoltaikanlage. Statt beim Ausbau der Photovoltaik zum viel beschworenen Vorreiter zu werden, wird mit Vorschriften anderen der Vortritt überlassen.

Gut 80 Prozent der Haushalte in Baden-Württemberg heizen gegenwärtig mit Gas oder Öl. Mit der Ausweitung des Anschlusszwanges auf Bestandsgebäude könnten Hauseigentümer künftig, ungeachtet ihrer individuellen Energiesanierungsfahrpläne, zur Nutzung von Nah- und Fernwärme gezwungen werden. Bürokratiebelastungen, Planungs-, Investitions- und Rechtsunsicherheit kämen damit vom Dach in den Keller.



Wettbewerbsverzerrung, Wohlstandsverlust

Fortschritt braucht Energie. Ein Großteil unserer Energie wird gegenwärtig importiert. Ein Großteil unserer Energie stammt aus Kohle, Öl und Gas. 2021 hat die grün-schwarze Kretschmann-Koalition den Bau 1.000 neuer Windräder verkündet. Die Formel verfängt, der Nutzen ist fragwürdig. Rund 760 Windräder sind in Baden-Württemberg gegenwärtig in Betrieb. Ihre Auslastung ist dürftig, ihr Energiegewinn ist gering. Im windschwächsten aller Bundesländer ist die Windkraft vielerorts nicht wettbewerbsfähig. Die Unstetigkeit ihrer Stromproduktion zwingt Netzbetreiber zu umfassenden Stabilisierungsmaßnahmen. Unter den drei Kretschmann-Kabinetten sind ihre Kosten um mehr als Fünffache gestiegen, Fördergelder, die für die Verbesserung der Stromversorgung vorgesehen waren, ungenutzt in der Verwaltung versickert. Obwohl die Netzstabilität mit dem von Grün-Schwarz vorangetriebenen Ausstieg aus der Kernenergie weiter sinken, der Aufwand für Gegenmaßnahmen weiter steigen wird, haben führende Vertreter der Grünen ein vorgezogenes Verbot fossiler Energien

gefordert. Wirklichkeitsfremd und bürgerfern verkünden sie den vorzeitigen Verzicht auf Kernkraft und Kohle, verlangen ein rasches Ende der Erdgas- und Erdölnutzung. Forderungen nach einem „Rückbau“ des Gasnetzes sollen Verbraucher verunsichern, einseitige Förderungen den Wettbewerb verzerren. Wärme-, Prozess und Endanwendungen müssten aufwändig umgestellt, Millionen neuer Kunden auf einen strapazierten Strommarkt drängen. Während private Haushalte sich teurem Heizungsaustausch und sechsstelligen Sanierungssummen gegenüberübersähen, müssten Industrie und Gewerbe ganze Produktionsketten umstellen oder gas- und ölintensive Prozesse ins Ausland verlagern. Für Haushalte, Industrie und Mittelstand bedeutet grün-schwarze Energiepolitik Belastung. Für den Klimaschutz bedeutet sie Stillstand, für die Energiewende Akzeptanzverlust. Exemplarisch steht sie für die paternalistische Staatsgläubigkeit der Kretschmann-Koalition. Vorgaben und Verbote sind ihre Vorläufer, Konsumverzicht und Wohlstandsverlust ihre Folgen.

Im Fokus: Windrad-Ausbau und Gasnetz-„Rückbau“

Rund 760 Windräder sind in Baden-Württemberg gegenwärtig im Betrieb. Im windschwächsten aller Bundesländer steht ein Großteil von ihnen einen Großteil der Zeit still. Mit einer Auslastung von kaum 17 Prozent beschränkt sich ihr Anteil an der Primärenergie in Baden-Württemberg auf nur ein Prozent. 1.000 neue Windräder, wie sie im grün-schwarzen Koalitionsvertrag vereinbart wurden, werden die Transformation des Landes kaum voranbringen.

Unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine haben führende Vertreter der Grünen wiederholt den „Rückbau“ des Gasnetzes gefordert. Mit einer Länge von etwa 600.000 Kilometern gleicht das deutsche Gasnetz einem riesigen Speicher, der rund 500 Großindustriekunden, 1,8 Millionen Unternehmen und über 21 Millionen private Haushalte krisensicher mit Energie versorgt. Sein Rückbau würde Investitionen in Milliardenhöhe vernichten und das Energiesystem nachhaltig erschüttern und der aufstrebenden Wasserstoffwirtschaft das Rückgrat brechen.



Wie sicher in die Zukunft?

Liberale Impulse für Innovation und Fortschritt

Als Freie Demokraten im Landtag von Baden-Württemberg stehen wir für Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Freiheit und Fortschritt im Land. Wir wollen die Klimaziele erreichen. Wir wollen die Wirtschaft schützen. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Einseitige Eingriffe in den Wettbewerb der Energieträger und Technologien lehnen wir ab. Wir sind gegen Verzichtsdebatten und Verbotspolitik und für Nachhaltigkeit durch Innovation. Wir stehen für einen schlanken Staat, der die Menschen machen lässt. Die Sicherheit unserer Energieversorgung – für uns keine Frage von Wind und Wetter. Bezahlbare Energie – für uns die Grundlage von Wohlstand und Wirtschaftswachstum.

Im Kampf gegen den Klimawandel fordern wir Freie Demokraten weltweite Kooperation und mehr Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg. Ohne Konjunktur kann es für uns keinen Klimaschutz geben. Klimanationalismus lehnen wir ab. Eine Ausweitung und Verschärfung des CO₂-Zertifikatehandelssystems auf EU-Ebene begrüßen wir. Für uns kann Klimaschutz nur global gelingen. Gemeinsam mit Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir Freie Demokraten mehr Fortschritt wagen in Baden-Württemberg. Mit unserer parlamentarischen Arbeit stehen wir für den Abschied vom grün-schwarzen Abstieg.



Sicher durch Krieg und Krise

2022 stammten über 25 Prozent unseres Stroms aus der Kernenergie. Anfang 2023 soll aus der Kernenergie ausgestiegen, Neckarwestheim 2 vom Netz genommen werden. Schon jetzt sind die Stromnetze stark strapaziert, Stromspeicher hingegen kaum vorhanden. Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die Stromversorgung weiter belasten, die Strompreise weiter treiben. Kohlekraftwerke oder Stromimporte müssten die gerissene Stromlücke schließen, die CO₂-Emissionen in der Stromerzeugung müssten steigen. Um Gesellschaft, Wirtschaft und Klima effektiv zu entlasten und auch im Winter krisensicher und klimafreundlich für Energie zu sorgen, setzen wir Freie Demokraten uns für die befristete Weiternutzung der Kernenergie ein. Neue Brennelemente müssen bestellt, Kernkraftwerke noch bis 2026 betrieben werden. Um die Sicherheit und die Bezahlbarkeit der Stromversorgung zu gewährleisten, gehören konventionelle Kraftwerke zurück ans Netz bis eine stabile erneuerbare Versorgung erreicht ist. Genehmigungsverfahren – auch beim Fuel Switch von Gas auf Kohle und Öl – müssen beschleunigt werden. Um negativen

Auswirkungen auf das Klima vorzubeugen, muss Grün-Schwarz endlich den Weg für bewährte Verfahren der CO₂-Speicherung freimachen und den Aufbau einer länderübergreifenden CO₂-Wirtschaft vorantreiben. Wir fordern die pragmatische Prüfung aller Potenziale und mehr Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für unsere Industrie.

Mit der Jahrestemperatur ist auch der Füllstand der deutschen Gasspeicher gesunken. Nur zwei der insgesamt 51 Speicher liegen in Baden-Württemberg. Mit einer Kapazität von unter zwei Terawattstunden beträgt ihr Anteil an der deutschen Gasreserve kaum zwei Prozent. Trotz anlaufender Flüssiggas-Importe wird die Befüllung der Gasspeicher 2023 zur Herausforderung. Um sie zu meistern, müssen heimische Gasvorkommen erkundet und umweltschonend erschlossen werden. Bereits binnen weniger Monate könnte die Förderung von Schiefergas die Versorgungssicherheit steigern und den Preisdruck lindern. Wir Freie Demokraten fordern die Modernisierung der geltenden Rechtsrahmen. Hürden gehören abgebaut. Gasvorkommen gehören gefördert.

Im Fokus: Durch die Krise kommen!

2022 wurden gut 25 Prozent unseres Stroms krisensicher und klimafreundlich durch Kernkraft erzeugt. Trotz Krieg und Krise wurde der Ausstieg aus der Kernenergie bereits für 2023 geplant. Ein klares Commitment zur Kernenergie blieb durch die grün-schwarze Kretschmann-Koalition bislang aus. Durch die Beschaffung neuer Brennelemente wollen wir Freie Demokraten die Kernkraft noch bis 2026 nutzen. Wir fordern die befristete Weiternutzung der Kernenergie und den befristeten Weiterbetrieb von Neckarwestheim 2.

Noch bis Anfang der 2000er-Jahre wurden gut 20 Prozent des deutschen Gas-

verbrauchs durch heimische Förderung gedeckt. Seither wurden die Verfahren verbessert, die Technologien fortentwickelt. Schätzungen zufolge verfügt Deutschland auch heute noch über 2,8 Billionen Kubikmeter Erdgas, mit denen unsere Gasversorgung über Jahrzehnte hinweg gesichert wäre. Da anders als beim Import von Flüssiggas keine energie- und CO₂-intensiven Vorprozesse anstehen, kann heimische Erdgasförderung zudem einen wichtigen Beitrag für einen klimafreundlichen Übergang hin zur Energieversorgung der Zukunft leisten. Als Freie Demokraten fordern wir daher die Erkundung und umweltschonende Erschließung heimischer Gasvorkommen.



Versorgungssicherheit heißt für uns Vielfalt. Statt mit Verzichtsappellen Verunsicherung zu fördern, fordern wir Freie Demokraten mehr Vielfalt für unsere Energieversorgung. Als bewaldetes Flächenland verfügt Baden-Württemberg über ein hohes Biomassepotenzial. Um das Angebot auszuweiten, muss die Aufforstung vorangetrieben, Biomasse beschleunigt genutzt, bestehende Bürokratie zügig abgebaut werden. Holzöfen müssen in Betrieb genommen, Hürden für Biogasanlagen müssen abgebaut werden. Für die rund 1.000 Biogasanlagen im Land fordern wir eine befristete Befreiung von Auflagen und mehr Flexibilität bei dem zum Einsatz kommenden Stoffmix. Die Zugangskosten zum Gasnetz müssen effektiver gedeckelt, städtische Reststoffe effizienter verwertet werden. Wir fordern den erleichterten Einstieg in Power-to-X-Technologien und die gezielte Weiterverwertung des vor Ort anfallenden CO₂. Natürliche CO₂-Senken, wie Moore und der Humusaufbau, gehören stärker auf die politische Agenda. Da ein erheblicher Teil unseres Energieverbrauchs auf die Bereitstellung von Wärme entfällt, wollen wir Freie Demokraten die Wärmeversorgung verbessern. Erdwärme muss verstärkt erschlossen, Abwärme vermehrt genutzt werden. Erdwärmekraftwerke sind grundlastfähig und sorgen krisensicher und klimafreund-

lich für Energie. Baden-Württemberg verfügt über mehrere Zukunftsregionen, die neben leicht zugänglicher Erdwärme auch über fossile Energieträger und seltene Rohstoffe verfügen. Um sicher durch Krieg und Krise zu kommen, wollen wir Freie Demokraten konkurrierende Gesetzgebung auflösen und Genehmigungsverfahren für Geothermie beschleunigen. Ablehnung muss abgebaut, Akzeptanz hingegen aufgebaut werden. Um Vorurteile und Vorbehalte frühzeitig auszuräumen, fordern wir Freie Demokraten bei der geologischen Erschließung von Energie landeseigene Ausfallbürgschaften. Da auch unter dem dritten Kretschmann-Kabinett Energie vielerorts als Abwärme verloren geht, wollen wir Freie Demokraten schließlich mehr Anreize für die Nutzung von Abwärme schaffen. Rechtsunsicherheiten müssen beseitigt, Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. In Industrieanlagen, Rechenzentren oder Müllverbrennungsstätten sehen wir Freie Demokraten Hotspots der kommunalen Wärmeversorgung. Als Freie Demokraten stehen wir für die krisensichere und klimafreundliche Energieversorgung in unseren Kommunen. Kommen wir sicher durch Krieg und Krise! Kommen wir sicher in die Zukunft!



Sicher in die Zukunft

Auch in Zukunft wird ein Großteil der im Land verbrauchten Energie importiert werden müssen. Auch in Zukunft wird Baden-Württemberg Energieimportland bleiben. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem Ende der Kohleverstromung wird der Bedarf an alternativen Energieträgern stark steigen. Große Mengen klimafreundlicher Energie werden nötig sein, um Baden-Württemberg sicher in die Zukunft zu führen. Neue Wege der Energieversorgung müssen eingeschlagen, neue Energieträger erschlossen werden.

Für uns Freie Demokraten steht fest: Der Weg zur Klimaneutralität kann nur mit klimafreundlichem Wasserstoff gelingen. Wasserstoff verbrennt klimaneutral und lässt sich in allen Bereichen einsetzen. Seine Derivate sind vielfältig, sein Zukunftspotenzial ist enorm. Durch die Einspeisung von Wasserstoff ins Gasnetz ließen sich schon heute gewaltige CO₂-Einsparungen erzie-

len. Gasheizungen können mit Wasserstoff weiterbetrieben, kostspielige Sanierungen können vermieden werden. In der Industrie lässt sich Wasserstoff sowohl thermisch als auch stofflich als klimafreundliche Alternative zu Erdgas nutzen. Mit einem etwa dreimal so hohen Energiegehalt wie Benzin können Wasserstoff und wasserstoffbasierte Kraftstoffe zur treibenden Kraft einer bürgernahen Verkehrswende werden. Mit ihrem hohen Zukunftspotenzial werden Wasserstofftechnologien in den kommenden Jahren stark an Bedeutung gewinnen. Allein bis 2050 beläuft sich ihr Marktpotenzial auf über 2,3 Billionen Euro und mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze. Wir wollen Ökonomie und Ökologie, Konjunktur und Klimaschutz verbinden. Wir wollen, dass Baden-Württemberg bei Wasserstofftechnologien Weltspitze wird. So können wir Klimaschutz aktiv angehen und Baden-Württemberg als Hochtechnologiestandort am Weltmarkt neu positionieren.

Im Fokus: Für Farbenvielfalt beim Wasserstoff!

Wasserstoff kann durch verschiedene Verfahren gewonnen werden. Je nach Verfahren wird Wasserstoff unterschiedlichen „Farben“ zugeordnet:

- > Grauer Wasserstoff: Erdgasreformierung ohne CO₂-Speicherung/Wasserelektrolyse mit fossilen Energien
- > Roter Wasserstoff: Wasserelektrolyse mit Kernenergie
- > Blauer Wasserstoff: Erdgasreformierung mit CO₂-Speicherung
- > Türkisfarbener Wasserstoff: Erdgaspyrolyse
- > Grüner Wasserstoff: Biomassepyrolyse/Wasserelektrolyse mit erneuerbaren Energien

Zu lange schon wurde unter den drei Kretschmann-Kabinetten über die Farbenlehre sinniert. Wir Freie Demokraten fordern den zügigen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Wir Freie Demokraten fordern Farbenvielfalt beim Wasserstoff!



Damit der Aufstieg gelingt, muss der Einstieg ermöglicht werden. Mit Technologie „made in Baden-Württemberg“ und dem Know-how unserer Ingenieure wollen wir die wind- und sonnenreichen Länder dieser Welt dabei unterstützen, Wasserstoff in industriellem Maßstab herzustellen. Mit zukunftsfähigen Energiepartnerschaften wollen wir den Import von Wasserstoff regeln und für klimafreundliche Energie in Baden-Württemberg sorgen. Wir stehen für mehr Vielfalt in der Energieversorgung und für mehr Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten. Als Freie Demokraten fordern wir den gezielten Ausbau der heimischen Wasserstoffgewinnung. Dezentral erzeugt, kann Wasserstoff als Stromspeicher die Kosten und den Aufwand für Netzeingriffe reduzieren, die Effizienz unseres Energiesystems hingegen steigern. Witterungsbedingte Überschüsse bei der Wind- und Solarenergie können genutzt, saisonale Schwankungen

in der Stromproduktionen können ausgeglichen werden. Um die Stromversorgung fit für die Zukunft zu machen, fordern wir Freie Demokraten wasserstofftaugliche Gaskraftwerke für Baden-Württemberg. Prognose und Planung, Bau und Betrieb neuer Kraftwerke wollen wir vereinfachen, die Effizienz neuer Kraftwerke durch die Einbindung in die Netztransformation steigern. Gas- und Wasserstoffwirtschaft müssen für uns Freie Demokraten integral betrachtet und gemeinsam reguliert werden. Das Commitment der Branche, schon 2030 viele Landkreise mit Wasserstoff beliefern zu können, erfordert schleunigst politisches Back-up. Wir wollen, dass Baden-Württemberg beim Wasserstoff Weltspitze wird. Mit einem technologie- und anwendungsoffenen Ordnungsrahmen wollen wir den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft sektorübergreifend begleiten und den Aufstieg zur Weltspitze in allen Bereichen fördern.

Im Fokus: Den Anschluss nicht verlieren!

Der Transport und die Verteilung von Wasserstoff kann nur mit einer intakten Infrastruktur erfolgen. Für die Jahre 2030 und 2050 haben sich die Fernleitungsnetzbetreiber bereits auf klare Auf- und Ausbauziele für das deutsche Wasserstoff-Transportnetz verständigt. Durch die Umrüstung der bereits vorhandenen Gasinfrastruktur lassen sich die Kosten begrenzen: bis 2050 soll der Bau des Wasserstoff-Transportnetzes die Schwelle von 18 Mrd. Euro nicht überschreiten und damit um ein Vielfaches unter den prognostizierten Kosten für den Stromnetzausbau liegen.

Um rund 500 Großindustriekunden, 1,8 Mio. Unternehmen sowie 21 Mio. private Haushalte mit Wasserstoff zu versorgen, planen auch die Verteilnetzbetreiber eine rasche Umstellung ihrer Netze auf Wasserstoff. Mit dem Gasnetzgebietstransformationsplan der Initiative „H2vorOrt“ hat die Branche ambitionierte Etappenziele ins Auge gefasst. Schon 2030 sollen Kunden vielerorts mit 100 Prozent Wasserstoff beliefert werden. Damit Baden-Württemberg beim Zukunftsthema Wasserstoff den Anschluss nicht verliert, fordern wir ein politisches Back-up für die Transformation der Netze.



Weltweit ist Baden-Württemberg für seine Automobil- und Zuliefererindustrie bekannt. Sie ist für zahlreiche Arbeitsplätze und einen Großteil unseres Wohlstands verantwortlich. Mit einer einseitigen Politik für die E-Mobilität drohen Job- und Wohlstandsverlust. In Deutschland und Baden-Württemberg wären 410.000 Arbeitsplätze betroffen. Wir wollen diese Arbeitsplätze sichern und mit Wasserstoff Wohlstand und Wirtschaftswachstum nach Baden-Württemberg holen. Als Grundlage synthetischer Kraftstoffe lässt sich mit Wasserstoff der in Baden-Württemberg erfundene Verbrennungsmotor klimafreundlich betanken. Millionen Verbrenner könnten fit für die Zukunft gemacht, mehr als 470.000 neue Arbeitsplätze und über 36 Mrd. Euro Wertschöpfung pro Jahr nach Baden-Württemberg geholt werden. Da Verbrenner in Baden-Württemberg, Deutschland und der Welt über 99% des PKW-Bestands ausmachen und auch in den übrigen Mobilitätsbereichen unangefochten und oftmals alternativlos Verwendung finden, muss der Automobilstandort Baden-Württemberg bei synthetischen Kraftstoffen zum

Vorreiter werden. Da synthetische Kraftstoffe auch in anderen Bereichen, etwa in der Wärmeversorgung oder der Industrie als CO₂-neutrale Alternative zu Erdöl den wirtschaftsverträglichen Wandel hin zur Klimaneutralität einläuten können, fordern wir Freie Demokraten zukunftsfähige Energiepartnerschaften mit in Frage kommenden Herstellungsländern. Ziel muss es sein, die Energie- und Klimapolitik der Gegenwart an die Erfordernisse der Zukunft anzupassen und die Eindämmung des menschengemachten Klimawandels als eine weltweit zu bewältigende Herausforderung zu begreifen, der nur mit grenzüberschreitenden Energiemärkten Rechnung getragen werden kann. Mit einer technologie- und anwendungsfreundlichen Industriepolitik und unseren Kompetenzen im Maschinenbau wollen wir Freie Demokraten Ökonomie und Ökologie verbinden und auch weltweit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mit synthetischen Kraftstoffen wollen wir Freie Demokraten klimafreundliche Mobilität, klimafreundliche Wärme und klimafreundliches Wirtschaften für alle möglich machen.

Im Fokus: Klimafreundliche Mobilität für alle möglich machen!

Rund ein Drittel des Energieverbrauchs und ein etwa ebenso großer Anteil der landeseigenen CO₂-Emissionen entfallen in Baden-Württemberg auf den Verkehrssektor. Vor allem der Straßenverkehr trägt zu Energieverbrauch und Emissionsausstoß bei. Von den über 7 Mio. in Baden-Württemberg zugelassenen PKW, LKW und Bussen werden über 99 Prozent von einem Verbrennungsmotor angetrieben. Auch nach Jahren intensiver Förderung ist der Anteil batterieelektrischer Fahrzeuge mit unter einem Prozent verschwindend gering.

Mit synthetischem Kraftstoff kann schon heute jeder Verbrennungsmotor CO₂-neutral betrieben werden. Synthetische Kraftstoffe bestehen aus Wasserstoff und CO₂. Da bei der Verbrennung nur genau jene Menge CO₂ freigegeben wird, die zuvor für die Herstellung verwendet wurde, verbrennen synthetische Kraftstoffe CO₂-neutral. Als Freie Demokraten im Landtag von Baden-Württemberg fordern wir das Ende der Ein-Prozent-Politik für die E-Mobilität und mehr Einsatz bei synthetischen Kraftstoffen im Autoland Baden-Württemberg. Mit synthetischem Kraftstoff wollen wir Freie Demokraten das Klima schützen.



Entscheidungen von heute prägen die Welt von morgen. Für uns Freie Demokraten ist der Pariser Klimavertrag verpflichtend, das 1,5-Grad-Ziel gesetzt. Um den weltweiten Klimawandel einzudämmen, setzen wir Freie Demokraten der Empfehlung des IPCC und des Klimasachverständigenrats von Baden-Württemberg folgend auf innovative Verfahren zur Speicherung und Nutzung von CO₂, Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir endlich möglich machen. Andernorts bereits seit Jahrzehnten erprobt, wird aus der Luft oder direkt bei Industrieprozessen entzogene CO₂ zu geeigneten Lagerstätten transportiert und in mehreren Kilometern Tiefe im Boden gespeichert. Nicht selten fungieren erschöpfte Erdgasfelder als ideale CO₂-Speicher. Um die Klimaziele zu erreichen, fordern wir Freie Demokraten den Einsatz der Landesregierung für CCS in Baden-Württemberg und politische Unterstützung für geplante Pipeline-Projekte.

Durch die Nutzung von CCU kann CO₂ für Industrieprozesse oder als Rohstoff für die Herstellung synthetischer Kraftstoffe und Gase verwendet werden. Um mit dem so geschaffenen Kohlenstoffkreislauf das Klima zu schützen und aktiv zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg beizutragen, fordern wir Freie Demokraten ein klares Commitment des Kretschmann-Kabinetts zu CCS und CCU. Regionale CCU-Potenzial, etwa im Bereich der Power-to-X-Kapazitäten oder der Zementindustrie müssen ausgebaut, der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft muss durch den Einstieg in die Kohlenstoffwirtschaft begleitet werden. Nur so kann Baden-Württemberg die technologieoffene Transformation in Richtung Klimaneutralität gelingen, nur so kann Baden-Württemberg beim Klimaschutz die viel beschworene Vorreiterrolle einnehmen. Für uns ist klar: Ohne Konjunktur kein Klimaschutz! Statt Vergangenheit zu verwalten, müssen wir Zukunft gestalten!

Im Fokus: Ohne Konjunktur kein Klimaschutz!

Allein für Deutschland ist das Erreichen der Klimaziele mit Mehrinvestitionen in Höhe von 1,5 bis 2,3 Bill. Euro verbunden. Auch in einer Zeit nach der Zeitenwende werden sich diese Investitionen kaum mit immer neuen Schulden decken lassen. Wollen wir die Klimaziele erreichen, ohne kommenden Generationen erdrückende Schulden zu hinterlassen, müssen wir schon heute für klimafreundliches Wirtschaftswachstum

sorgen. Nur mithilfe privater Investitionen und innovativer Technologien wird uns effektiver Klimaschutz gelingen. Mit einem starken Mittelstand und unserem technologischen Know-how wollen wir zum weltweiten Vorreiter werden. Für uns Freie Demokraten ist Wirtschaftswachstum nicht das Problem, sondern die Antwort auf den Klimawandel. Ohne Konjunktur kein Klimaschutz!



Zentrale Forderungen im Überblick:

Sicher durch Krieg und Krise

- › Wir fordern die befristete Weiternutzung der Kernenergie, den befristeten Weiterbetrieb von Neckarwestheim 2. Durch die Beschaffung neuer Brennelemente wollen wir Freie Demokraten die Kernkraft noch bis 2026 nutzen. Die grün-konservative Kretschmann-Koalition fordern wir zu einem klaren Commitment zur Kernenergie und zu mehr Einsatz gegenüber dem grün-geführten Bundeswirtschaftsministerium auf.
- › Um jederzeit die Sicherheit unserer Stromversorgung zu garantieren, fordern wir Freie Demokraten die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Kraftwerke. Kohlekraftwerke müssen zurück ans Netz, Genehmigungsverfahren – auch bei unternehmensinternen Umstellungen von Erdgas auf Kohle und Öl – müssen beschleunigt werden.
- › Um das zur Verfügung stehende Energieangebot auszuweiten und Wirtschaft und Gesellschaft effektiv zu entlasten, fordern wir Freie Demokraten die Erkundung und Erschließung heimischer Erdgasvorkommen. Gegenüber dem Bund muss sich die Landesregierung für die Modernisierung des geltenden Rechtsrahmens einsetzen. Hürden gehören umfänglich abgebaut, Gas gehört umweltschonend gefördert.
- › Wir Freie Demokraten wollen mehr Biomasse in Baden-Württemberg nutzen. Holzöfen müssen in Betrieb genommen, Hürden für Biogasanlagen müssen abgebaut werden. Für die rund 1.000 Biogasanlagen im Land fordern wir eine befristete Befreiung von Auflagen und mehr Flexibilität bei dem zum Einsatz kommenden Stoffmix.
- › Da ein erheblicher Teil unseres Energieverbrauchs auf die Bereitstellung von Wärme entfällt, wollen wir Freie Demokraten die Wärmeversorgung verbessern. Erdwärme muss verstärkt erschlossen, Abwärme vermehrt genutzt werden.



Sicher in die Zukunft

- › Wir wollen die Pariser Klimaziele erreichen, indem Baden-Württemberg durch Innovation und Technologie seinen Beitrag leistet, dass Klimaschutz weltweit gelingen kann.
 - › Wir wollen, dass Baden-Württemberg beim Wasserstoff Weltspitze wird. Mit Technologie „made in Baden-Württemberg“ und dem Know-how unserer Ingenieure wollen wir die wind- und sonnenreichen Länder dieser Welt dabei unterstützen, Wasserstoff in industriellem Maßstab herzustellen.
 - › Wir stehen für mehr Vielfalt in der Energieversorgung und für mehr Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten. Mit zukunftsfähigen Energiepartnerschaften wollen wir den Import von Wasserstoff regeln und für klimafreundliche Energie in Baden-Württemberg sorgen.
 - › Dezentral erzeugt, kann Wasserstoff als Stromspeicher die Kosten und den Aufwand für Netzeingriffe reduzieren, die Effizienz unseres Energiesystems hingegen steigern. Als Freie Demokraten fordern wir den gezielten Ausbau der heimischen Wasserstoffgewinnung.
 - › Um die Stromversorgung fit für die Zukunft zu machen, fordern wir Freie Demokraten wasserstofftaugliche Gaskraftwerke für Baden-Württemberg.
- Prognose und Planung, Bau und Betrieb neuer Kraftwerke müssen vereinfacht, die Effizienz neuer Kraftwerke durch die Einbindung in die Netztransformation gesteigert werden.
- › Gas- und Wasserstoffwirtschaft müssen für uns Freie Demokraten integral betrachtet und gemeinsam reguliert werden. Das Commitment der Branche, schon 2030 viele Landkreise mit Wasserstoff beliefern zu können, erfordert schleunigst politisches Back-up.
 - › Als Freie Demokraten im Landtag von Baden-Württemberg fordern wir mehr Einsatz bei synthetischen Kraftstoffen im Autoland Baden-Württemberg. Mit synthetischem Kraftstoff wollen wir Freie Demokraten das Klima schützen und zukunftsfähigen Wohlstand in Baden-Württemberg schaffen.
 - › Um den weltweiten Klimawandel einzudämmen, setzen wir Freie Demokraten auch auf bewährte Verfahren zur Speicherung und Nutzung von CO₂. Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir endlich möglich machen. Von der grün-konservativen Kretschmann-Koalition fordern wir den Einstieg in die Kohlenstoffwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber · Impressum
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-9112
E-Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-landtag-bw.de
Stand: 12. Januar 2023